

Zusammenfassung unserer Parteiziele

mit Kurzhinweisen auf weitere Politikfelder unserer Partei

DLW Demokratisch Liberale Wirtschaftspartei

Grundziele: Anpassung der staatlichen Ausgaben an die Einnahmen durch Ausgabenkürzungen und Reduzierung der Ausnahmeregelungen.
Maßnahmen zur dauerhaften Schuldenreduzierung des Staates
Reformen in Bürokratie und Sozialsystemen
Persönliche Verantwortung in Politik und Wirtschaft

Parteiinterne Regelungen:

- Parteifinanzierung:** Durch Mitgliedsbeiträge. Bis zum Antritt des ersten Mandats dürfen Partei-Spenden angenommen werden. Nach Mandatsantritt ist dies nicht mehr erlaubt. Es werden dann Regelungen angestrebt, nach Wahlergebnis feste Beträge über Steuergelder zu erhalten, wie das bisher schon der Fall war, diese aber moderat so anzuheben, das eine kostendeckende Parteiführung möglich wird (Vermeidung von Lobby-Einflüssen).
- Gleichheitsgrundsatz:** Mandatsträger sind beitragspflichtig in den staatlichen Sozialkassen, um den Gleichheitsgrundsatz herzustellen.
- Vermeidung von Lobbyarbeit** Während des Mandats sind keine Nebenjobs und Nebeneinkünfte erlaubt (außer Tätigkeiten in eigener Firma).
- Haftung:** Persönliche Haftung von Mandatsträgern und Partei durch Teilrückzahlung von Gehalt und steuerfinanzierten Parteigeldern bei Überziehung des Haushalts
- Demokratieverständnis** Für alle wichtigen Positionen müssen mindestens 2 Kandidaten zur Wahl stehen (Vorschlagsrecht der Basis bei Fehlen dieser Voraussetzung).
- Parteiorganisation:** Weitgehend ehrenamtliche Funktion, um keinen Apparat aufbauen zu müssen.
- Gesetzgebung:** Vorschlagsrecht von Parteiführung und Parteibasis
Frühzeitige Information der Parteibasis über Gesetzesanträge
Vetorecht der Parteibasis über Internetabstimmung

Grobziele der DLW

Sanierung der Staatlichen Haushalte durch Reform der Sozialsysteme, Reform der staatlichen Verwaltungen, Reduzierung von Steuervergünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten außerhalb der Betriebe (Standortbesteuerung, keine Anerkennung von Briefkastenfirmen, in den ersten 5 Jahren der Entschuldungsphase auch keine steuerfreien Umschichtungen von Betriebsgewinnen in andere Betriebe möglich). Reduzierung der EU- und UN-Zuschüsse, Umbau der Bundeswehr auf Hauptaufgabe Katastrophenschutz. Evt. ? Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres. Abschaffung von staatlicher Förderung für Einkaufspassagen, Baugebiete usw. (Teilersatz: Förderung von Altbausanierung und Erneuerung alter, nicht erhaltenswerter Bausubstanz), keine Ausgleichsflächen für Bebauung..... (Rückführung der staatlichen Fördermaßnahmen um ca. 40%).

Abbau der Schulden durch Überführung aller Staatsschulden außerhalb der Gebührenhaushalte in einen Sonderhaushalt. Angliederung von Erbschaftssteuereinnahmen und Gewinnen der Bundesbank (als Rückzahlungs- und Bewertungsgrundlage) in den Schuldenhaushalt. Addieren des 4-fachen dieser Summe zur jährlichen Entschuldungssumme

Sicherung der Renten durch Verpflichtung aller Bürger mit eigenem Einkommen (auch Selbstständige, Beamte, Abgeordnete) in die staatliche Rentenkasse (bis zum Höchstsatz von 5000 Euro). Kürzung von Spitzenrenten, vor allem der beitragsfreien Beamtenrenten, im Nettobereich über 1500 Euro um 5 bis 30 %. Dem Parteizugriff entzogener Reserveaufbau von Rücklagen. Absicherung eines Mindestanspruchs von 55 % des gesetzlichen Rentenanspruchs für Beitragszahler bei späterer Rente im Grundgesetz (Solidargemeinschaft ja, Einheitsrente nein). Weitere Belastungen der staatlichen Rentenversicherung ohne Beitragszahlungen dürfen nur über Steuerfinanzierung und Rücklagenbildung erfolgen.

Rückführung von Krankenkassen, Rentenkassen, Arbeitslosenversicherung auf reine Kassenleistung. Beitragsfreiheit bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, keine Anrechnungsbeträge in diesen Zeiten auf die Rente. Zusammenfassung der staatlichen Krankenversicherung und Rentenkassen zur Einheitskasse. Einsparungen im Gesundheitsbereich.

Steuerreform mit dem Ziel Steuervereinfachung. (Keine Steuerreduzierungen. Diese würden das Vorhaben ausgeglichenen Haushalte gefährden). Grundprinzip: Weniger Ausnahmen von Steuererleichterungen, der Höchststeuersatz sollte allerdings nicht wesentlich über 35 % liegen. Bessere Kontrolle der Mehrwertsteuereinnahmen, bessere Kontrolle der Umsatzsteuererstattung. Abschaffung aller Steuervergünstigungen für Spenden.....

Staatliche Haushalte: Verzicht auf Steuerschätzungen, Orientierung am letzten Haushalt und an der Konjunktorentwicklung. Finanziell eigenständige Haushalte. Klare Aufgabenverteilung. Keine Einflussnahme auf untergeordnete Haushalte. Vermeidung von Finanzierung über verschiedene Haushalte. Klare Verantwortung der Haushalte nach dem Motto: Wer bestellt, bezahlt und ist für Fehlentwicklungen verantwortlich. Stärkung der Bürgerrechte durch Vetorecht bei bürgerfinanzierten Anteilen über 50 % im kommunalen Bereich (z.B. Straßenerneuerung). Aufbau des Haushalts nach dem Motto: Um glücklich und zufrieden zu sein, genügt eine warmes Zimmer mit einem Bett, genug zu essen und zu trinken und vernünftige Kleidung – alles andere ist wünschenswerter Luxus. Das heißt auf den Haushalt bezogen: Zuerst werden alle unbedingt notwendigen Ausgaben festgelegt, erst dann wird über sinnvolle Verteilung der Restgelder entschieden (sinnvoller Einsatz der vorhandenen Steuergelder, besserer Überblick, keine automatische Ressortverteilung).

Parlament: Rückführung auf 300 Abgeordnete

Bürokratie: Klare Aufgabenverteilung, klare Verantwortung. Abschaffung von Doppelbearbeitung. Abschaffung aller nicht notwendigen Statistiken. Keine weitere Konzentrierung von Bürokratie, um sie bürgernah vor Ort zu belassen und auch in kleineren Einheiten staatliche Arbeitsplätze zu erhalten. Reduzierung der Arbeitsplätze durch veränderte und vereinfachte Verwaltungsvorgaben um 20 %. (Nichtbesetzen freiwerdender Arbeitsplätze).

Gesetzgebung: Reduzierung auf notwendiges, sinnvolles Maß. Bei Neubeschlüssen werden alle alten und widersprüchlichen Aussagen aus dem Gesetzbuch entfernt. Vor Beschlussfassung müssen die Kosten der Gesetzesdurchführung ermittelt werden. Keine Gängelung der Bevölkerung, mehr Vertrauen und Selbstverantwortung in den Bürger. Gesetze müssen mit dem Rechtsverständnis der Bürger in Einklang stehen. Keine Dogmatisierung von Gesetzen. Ist in Einzelfällen die Anwendung eines Gesetzes nicht sinnvoll, ist auch die persönliche Einzelfallentscheidung möglich.

Alle Gesetze und Verordnungen werden frei nach Martin Luther in eine allgemeinverständliche deutsche Sprache übersetzt - oder anders ausgedrückt - die Gesetze werden so überarbeitet, das ein Durchschnittsbürger dieses Landes spätestens nach 10 Minuten und nicht erst in 2 Stunden den Sinn und Zweck einer Verordnung, eines Gesetzes erkennt.

Rechtsprechung: Rechtsprechung ist höher zu bewerten als Verfahrensfehler. Einfache Fälle können durch Richterbeschluss vor Ort entschieden werden. Um unnötige Mehrfachansetzung von Gerichtsverfahren zu vermeiden, ist die Klärung von im Verfahrensverlauf auftauchenden Fragen per Telefon möglich (Rechtsprechung muss bezahlbar bleiben). Einschränkung des Widerspruchsrechts durch Hinterlegung der gerichtlich beschlossenen Forderungen auf ein Sonderkonto bei eindeutigen Urteilen und Vorkasse für Gerichtskosten bei der nächsten Instanz. Prozessbeihilfe wird nur für eine Instanz gewährt, es sei denn, das Gericht lässt das Widerspruchsrecht aus Grundsatzgründen ausdrücklich zu.

Verpflichtung von Rechtsanwälten, die Rechtslage beider Parteien aufzuführen. Bei vorsätzlicher Falschauskunft Entzug des Honorars. Bei unberechtigten Drohschreiben Haftungsansprüche an Rechtsanwälte.

Verurteilung aller nicht allgemeingefährlichen Straftäter mit sinnvollen Strafen außerhalb der Gefängnisse: Von der Betreuung von Verkehrsoptionen in Reha-Zentren für Verkehrsrowdies bis zur Höchststrafe für Steuer Sünder, dem handschriftlichen Abschreiben unserer kompletten Steuergesetze in einem staatlichen Büro. (Kostensparnis für den Staat, Rückfallgefahr ist kleiner!!!)

Vorbeugender Eingriff der Polizei bei Strafdelikten. Kein Abwarten, um an Hintermänner heranzukommen. (Kein abwarten, bis Kleinkriminelle zum Problem für den Staat werden, frühzeitige vorbeugende Strafverfolgung).

Arbeitslosigkeit: Die Agentur für Arbeit wird Arbeitgeber. Verpflichtung aller Arbeitslosen, zu ihrem eigenen Vorteil und zum Vorteil der Arbeitslosenversicherung jede von der freien Wirtschaft dem Arbeitsamt angebotene Stelle, jeden Job anzunehmen. (Hauptziele: Verbesserung der finanziellen Situation der Arbeitslosenversicherung, zeitweise Verbesserung der Einnahmensituation von Arbeitslosen, dauerhafte Kostensenkungen bei der Pflegeversicherung).

Die Lohnabrechnung erfolgt übers Arbeitsamt. Die Höhe des Arbeitslosengeldes verändert sich während der Arbeitsaufnahme nicht, wird aber durch einen Anteil von 30 – 50 % der erzielten Arbeitslöhne ergänzt. Der Rest verbleibt beim Arbeitsamt. Bei Arbeitsverweigerung entfällt die Leistung während der Zeit der angebotenen Arbeit. Mehrmalige Verweigerung bedeutet Abstieg in Harz IV. Staatliches Vorgehen gegen Firmen, die Langzeitarbeit in kostengünstigere Zeitarbeit umwandeln wollen. Kontrolle durch fähige Mitarbeiter der Agentur für Arbeit nach vorzuziehenden Gesetzesregeln.

Wir suchen Sie, Bürger dieses Landes mit demokratischer Grundüberzeugung, die uns helfen.....

- unser Grundsatzprogramm, unser Parteiziel detailliert auszuarbeiten.
- Fehler im Programm rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren.
- unser Programm zu ergänzen, indem Sie ihr Fachwissen und eigene Ideen einbringen.
- Möglichkeiten auszuloten, unser Programm pragmatisch umzusetzen.

Wir suchen Sie, demokratisch gesinnte Bürger dieses Landes.....

- die bereit sind, die Parteiziele der **DLW** als Mitglieder nach außen zu vertreten.
- die bereit sind, sich als **Kandidaten** für Landtags- und Bundestagswahlen zur Verfügung zu stellen.

Unzufriedenheit mit den politischen Zielen unserer gewählten Parteien allein ist keine Lösung. Werden Sie selbst aktiv. Nutzen Sie die Chance, selbst an der Gestaltung der **DLW mitzuwirken und damit die Ampel für die finanzielle Zukunft Deutschlands wieder auf grün zu stellen.**

Antrag auf Parteimitgliedschaft bei der Demokratisch Liberalen Wirtschaftspartei

Ich möchte Mitglied der **DLW** werden

Ich möchte die Partei passiv mit meinem Mitgliedsbeitrag unterstützen

Ich möchte aktiv an der Gestaltung des Parteiprogramms mitwirken

Ich habe keine besonderen politischen Erfahrungen

Ich habe politische Erfahrung in folgenden Gremien

Ich bin bereit, Verantwortung in der **DLW** zu übernehmen

Ich bin bereit, mich gegebenenfalls als Kandidat der **DLW** für Landtag und Bundestag Zur Verfügung zu stellen.

Anschrift:

Name, Vorname

Straße, Ort

Beruf

Datum und Unterschrift: _____

(Mitgliedsbeiträge werden erst nach der offiziellen Parteigründung erhoben. Mir ist bekannt, das laut Parteiprogramm weder Mitgliedsbeiträge noch Parteispenden steuerlich absetzbar sind).

Senden Sie Ihren Mitgliedsantrag an:

Demokratisch Liberale Wirtschaftspartei

Willemsstr. 17

54347 Neumagen-Dhron